

Zeile

1 **Betr.: Das Liberale Bürgergeld**

2

3

4 **Antragsteller: Bundesvorstand**

5

6

7 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

8

9

10 **Das Liberale Bürgergeld: aktivierend, einfach und gerecht.**

11

12

13 Die FDP fordert die Einführung des Liberalen Bürgergeldes mit dem Ziel, die Prinzi-
14 pien der Sozialen Marktwirtschaft wieder in Kraft zu setzen – für mehr Wachstum und
15 Beschäftigung in Deutschland.

16

17 Nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe soll der Sozialstaat jedem Bürger die
18 Chance sichern, so weit wie möglich aus eigener Kraft ein selbst bestimmtes Leben
19 führen zu können.

20

21 Nach dem Leistungsprinzip soll jeder Bürger die Chance bekommen, seine Lebenssi-
22 tuation eigenverantwortlich durch eigene Leistung zu verbessern.

23

24 Nach dem Solidaritätsprinzip muß derjenige, der staatliche Leistungen in Anspruch
25 nimmt, zu einer zumutbaren Gegenleistung an die Gesellschaft bereit sein.

26

27 Um diese Prinzipien wieder in Kraft zu setzen, wird das gesamte Sozialsystem mo-
28 dernisiert: Möglichst alle steuerfinanzierten sozialen Hilfen des Staates werden auf
29 die Bedürftigkeit der Bürger ausgerichtet, pauschaliert und in einem Universaltrans-
30 fer, dem Bürgergeld, zusammengeführt. Darüber hinaus wird das Bürgergeld mit der
31 Einkommensteuer zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guß verbunden.
32 Steuern und soziale Hilfen werden im Finanzamt miteinander verrechnet. Bürger mit
33 höherem Einkommen zahlen Steuern an das Finanzamt, Bürger mit niedrigem oder
34 gar keinem Einkommen bekommen das Bürgergeld als eine Negative Einkommen-
35 steuer ausbezahlt.

36

37 Für den Bürger entsteht ein einfaches, verständliches und dadurch gerechtes Sozial-
38 system. Die Anzahl der Ansprechpartner für die finanziellen Bedürfnisse der Bürger
39 wird auf ein Minimum reduziert, Mehrfacherklärungen über Einkommens- und Ver-
40 mögensverhältnisse gegenüber unterschiedlichen Ämtern entfallen.

41

42 Im Bereich unterer und mittlerer Einkommen wird durch ein System intelligenter Hin-
43 zuverdienst- und Sanktionsmechanismen gewährleistet, daß ein gleitender und loh-

Zeile

1 nender Übergang zu höher bezahlter Arbeit entsteht – für mehr Arbeit und Wohlstand
2 in unserem Land.

3

4 **Die FDP stellt fest:**

5

6 Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale Herausforderung unse-
7 rer Zeit. Arbeitslos zu sein ist für jeden der über fünf Millionen Betroffenen und deren
8 Familien ein hartes Schicksal.

9

10 Die Massenarbeitslosigkeit gefährdet die finanziellen Grundlagen der öffentlichen
11 Haushalte und ist eine der Hauptgründe für wachsende Verschuldung und sinkende
12 öffentliche Investitionsquoten. Wenn nicht mehr erwirtschaftet wird, was anschlie-
13 ßend verteilt werden soll, sind noch mehr Schulden und weitere Einschnitte ins so-
14 ziale Netz die zwangsläufige Folge.

15

16 Etwa die Hälfte aller Arbeitslosen ist gering oder gar nicht qualifiziert. Die Produktivi-
17 tät ihrer Arbeit erreicht vielfach nicht das für die Sicherung der Existenz erforderliche
18 Einkommensniveau. Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe hatten zudem in ihrer Wirkung
19 einen faktischen Mindestlohn definiert, unterhalb dessen es nicht lohnenswert war,
20 eine Arbeit aufzunehmen. Gerade die gering oder nicht qualifizierten Arbeitslosen
21 sind so in eine systembedingte Langzeitarbeitslosigkeitsfalle geraten.

22

23 Um die Benachteiligung dieser Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu überwin-
24 den, will die FDP sie über Teilzeitarbeit oder geringfügige Beschäftigungsverhältnis-
25 se aktivieren und in den ersten Arbeitsmarkt integrieren. Hierzu bedarf es eines intel-
26 ligenten Anreizsystems zur Arbeitsaufnahme, begleitet von einer unterstützenden
27 Tarifpolitik.

28

29 Die rot-grünen Arbeitsmarktreformen (Hartz-Gesetze) leisten zur Wiedereingliede-
30 rung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt keinen hinreichenden Beitrag. Die
31 Maßnahmen gehen teilweise in die richtige Richtung, reichen aber bei weitem nicht
32 aus, um Deutschland endlich auf einen Wachstumspfad zu bringen. Folglich steigt
33 die Arbeitslosigkeit auf immer neue Rekordwerte. Statt dem Arbeitsmarkt den not-
34 wendigen Befreiungsschlag zu geben, damit genügend Arbeitsplätze überhaupt
35 entstehen können, werden den Arbeitslosen faktisch die Leistungen gekürzt, ohne
36 ihnen neue Chancen durch Arbeit zu eröffnen.

37

38 Es fehlen ergänzende Reformschritte zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, zur
39 notwendigen Öffnung der Tarife nach unten und zur Verbesserung der Rahmenbe-
40 dingungen für die in Deutschland tätigen Unternehmen, damit diese wesentlich mehr
41 Arbeitsplätze anbieten können.

42

43 Die Zusammenlegung der steuerfinanzierten Sozialleistungen Arbeitslosen- und
44 Sozialhilfe war ein wichtiger Schritt in Richtung Bürgergeld. Der grundlegende Sy-

Zeile

1 stemwechsel hin zu einer weiteren Bündelung paralleler Transferstrukturen und die
2 Integration in das Steuersystem ist jedoch nicht vollzogen worden. Es bleibt beim
3 intransparenten und bürokratischen Sozialstaat mit seinen undurchschaubaren Ver-
4 antwortlichkeiten und Kontrollmechanismen, mitsamt seinen hohen Fehlsteuerungs-
5 kosten und Mitnahmeeffekten. Der Sozialstaat bleibt für den Bürger undurchschau-
6 bar.

7
8 Statt halbherziger Reformschrittchen braucht Deutschland grundlegende Reformen,
9 die aufeinander abgestimmt und miteinander wirken müssen. Ergänzend zu der
10 Liberalen Steuerreform, den liberalen Vorschlägen für die Neugestaltung der Kran-
11 ken- und Pflegeversicherung und den liberalen Arbeitsmarktreformen fordert die FDP
12 eine beschäftigungswirksame Reform des Sozialstaats durch die Einführung des
13 Liberalen Bürgergeldes: aktivierend, einfach und gerecht.

14

15 **Das Bürgergeld ist ein Steuer-Transfersystem aus einem Guß**

16

17 Derzeit existieren 138 verschiedene Sozialleistungen, die von 45 verschiedenen
18 staatlichen Stellen verwaltet werden. Ziel des Bürgergelds ist es, möglichst alle steu-
19 erfinanzierten Sozialleistungen in einem Universaltransfer zusammenzufassen. Dazu
20 gehören sowohl die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen
21 Lebenslagen), das Wohngeld, das Arbeitslosengeld II und das BAföG, als auch die
22 mit dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung verbun-
23 dene steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen mit unzu-
24 reichendem Einkommen.

25

26 Dieser Universaltransfer wird als Bürgergeld mit dem Steuersystem und dem Kinder-
27 geld zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guß verbunden. Der überwiegen-
28 de Teil aller finanziellen Beziehungen zwischen Bürger und Staat und der soziale
29 Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Bedürftigen finden zukünftig nach einfa-
30 chen, transparenten Regeln im Steuersystem statt.

31

32 Das Bürgergeld wird auf der Grundlage folgender Leistungsbedarfe ermittelt:

33

- 34 - Pauschale zur Sicherung des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung und
35 Hausrat),
- 36 - Pauschale für Unterkunft und Heizung (differenziert nach den örtlichen Gege-
37 benheiten),
- 38 - Pauschalen zu den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung,
- 39 - Pauschale für Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit und/oder Schwan-
40 gerschaft,
- 41 - Pauschale für Mehrbedarfe bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vor-
42 kommenden Behinderungen und Erkrankungen.

43

Zeile

1 Grundlage für die Berechnung des Bürgergeldes bilden alle Erwachsenen und Kinder
2 in der so genannten Bedarfsgemeinschaft. Zur Bedarfsgemeinschaft rechnen alle in
3 einem Haushalt zusammenlebenden Personen.
4

5 **Das Bürgergeld ist einfach, gerecht und hilft zielgenau**
6

7 Durch die Zusammenfassung der verschiedenen steuerfinanzierten Sozialleistungen
8 und durch Pauschalierungen wird das Sozialsystem für die Bürger überschaubar und
9 transparent. Zudem wird ausgeschlossen, daß staatliche Hilfen zu Unrecht mehrfach
10 in Anspruch genommen werden können. Hilfe bekommen nicht mehr diejenigen, die
11 sich im Sozialdickicht am besten auskennen, sondern diejenigen, die Hilfe wirklich
12 brauchen. Das Bürgergeld schützt so die Bedürftigen vor den Findigen und ist somit
13 auch gerecht.
14

15 Die Treffsicherheit des Bürgergelds wird durch eine Bedürftigkeitsprüfung gewährlei-
16 stet: Unterstützt werden nur diejenigen, die nicht oder nur teilweise in der Lage sind,
17 das durch das Bundesverfassungsgericht beschriebene soziokulturelle Existenzmi-
18 nimum aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Das Kindergeld und die Pauschale für die
19 Gesundheitsprämie der Kinder werden unabhängig von der Bedürftigkeit generell in
20 voller Höhe gewährt.
21

22 Ziel des Bürgergelds ist es zum einen, Chancen zu sichern, wo Hilfe nötig ist und
23 zum anderen die Eigenverantwortung zu stärken, wo ein eigener Beitrag für sich
24 oder die Gesellschaft geleistet werden kann. Von einem Bürgergeldempfänger, der
25 gesund ist und keine eigenen Angehörigen zu versorgen hat, ist grundsätzlich zu
26 erwarten, daß er zu einer Gegenleistung an die Gemeinschaft bereit ist oder eine ihm
27 angebotene Arbeit annimmt. Andernfalls wird sein Bürgergeld merklich vermindert.
28 Das Bürgergeld schützt so die Fleißigen vor den Faulen und fördert damit die Lei-
29 stungsbereitschaft.
30

31 **Das Bürgergeld wirkt aktivierend und reduziert die Arbeitslosigkeit**
32

33 Das Bürgergeld setzt das Leistungsprinzip auch im Niedriglohnbereich wieder in
34 Kraft: Derjenige, der arbeitet, bekommt spürbar mehr, als derjenige, der nicht arbei-
35 tet. Dafür bedarf es fairer und zugleich durchschaubarer Hinzuverdienstmöglichkei-
36 ten. Im Vergleich zum Arbeitslosengeld-II müssen diese zum einen zur Aktivierung
37 von Arbeitslosen ausgeweitet und zum anderen verständlicher gestaltet werden.
38

39 Bei Aufnahme eines 400-Euro-Jobs verbleiben dem ALG-II-Empfänger lediglich 98 €. Wer fördern und fordern ernst meint, muß das Förderelement jedoch auch ausrei-
40 chend betonen. Beim Bürgergeld werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten neu ge-
41 stellt, insbesondere werden sie für die Bruttoeinkommensbereiche bis 600 € deut-
42 lich erhöht, da gerade der untere Einkommensbereich besonders geeignet ist, über
43 Teilzeit den Weg aus der strukturellen Arbeitslosigkeit zu ebnen.
44

Zeile

1 Verbleiben dem ALG-II-Empfänger nach Hinzurechnung der gesetzlichen Abgaben
2 und pauschalen Abzugsbeträge von 600 € Bruttoeinkommen gerade einmal 138 €,
3 so verbleiben dem Bürgergeldempfänger dagegen 285 €, d.h. nahezu die Hälfte
4 seines Bruttoeinkommens. Beim Bürgergeld entsteht somit ein fairer und ausrei-
5 chender Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Insgesamt ist die Hinzuverdienstregelung beim
6 Bürgergeld zudem so gestaltet, daß der Bürgergeldempfänger immer einen finanziel-
7 len Anreiz hat, nach höherem Einkommen zu streben.

8
9 Beim ALG-II bezieht sich der Freibetrag, der nicht auf das ALG-II angerechnet wird,
10 auf ein so genanntes Zwischennetto. Die Hinzuverdienstmöglichkeiten sind so erheb-
11 lich geringer, als es zunächst den Anschein hat. Die letztendliche Höhe des ausge-
12 zahlten ALG II ist für den erwerbstätigen ALG II-Empfänger nur schwer nachzuvoll-
13 ziehen.

14
15 Das Bürgergeld legt hingegen Wert auf Transparenz und Verständlichkeit. Beim
16 Bürgergeld bezieht sich deshalb der Freibetrag auf das Bruttoerwerbseinkommen.
17 Im Einzelnen schlägt die FDP vor, daß folgende Prozentanteile des Bruttoer-
18 werbseinkommens als Freibeträge nicht auf das Bürgergeld angerechnet werden:

19
20 bis 600 € Bruttoerwerbseinkommen: 40 % des Bruttoerwerbseinkommens,
21 600 – 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 20 % des Bruttoerwerbseinkommens,
22 über 1.200 € Bruttoerwerbseinkommen: 10 % des Bruttoerwerbseinkommens.
23 Der Vergleich der Freibeträge von ALG II und Bürgergeld stellt sich wie folgt dar:

24

Bruttoerwerbs- einkommen	Freibetrag Arbeitslosengeld II		Freibetrag Bürgergeld
	in % des Nettoerwerbs- einkommens	in % des Bruttoerwerbs- einkommens	in % des Bruttoerwerbs- einkommens
bis 100 €	15 %	53 %*)	85 %*)
100 bis 400 €	15 %	15 %	40 %
400 bis 600 €	30 %	ca. 19 %	40 %
600 bis 900 €	30 %	ca. 20 %	20 %
900 bis 1.200 €	15 %	ca. 12 %	20 %
1.200 bis 1.500 €	15 %	ca. 12 %	10 %
über 1.500 €	0 %	0 %	10 %

25 *) Beim Arbeitslosengeld II wird für sonstige zu berücksichtigende Kosten ein Pauschalbetrag von 45,33 € ge-
26 währt. Da keine entsprechenden Kosten nachgewiesen werden müssen, wird dieser hier wie ein zusätzlicher
27 Freibetrag gewertet. Auch beim Bürgergeld wird unterstellt, daß dieser Pauschalbetrag gewährt wird.

Zeile

1 Durch die verbesserten Hinzuverdienstgrenzen wirkt das Bürgergeld auf Arbeitslose
2 und Geringverdienende aktivierend, stärkt die Eigenverantwortung und ist ein ent-
3 scheidender Schritt zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

4
5 Ergänzend zu den Anreizen müssen die Sanktionsmechanismen konsequent ange-
6 wendet werden, nicht zuletzt auch zum Schutze des Steuerzahlers vor Soziallei-
7 stungsmißbrauch. Deshalb wird die Pauschale für den Lebensunterhalt um bis zu
8 30 % gekürzt, wenn angebotene zumutbare Arbeit abgelehnt wird. Eine weitere Ab-
9 lehnung zieht die gleiche Rechtsfolge nach sich, so daß die tatsächliche Kürzung bei
10 Arbeitsverweigerung erheblich höher liegen kann.

11
12 Durch das Bürgergeld wird die Nachfrage Arbeitsloser und das Angebot der Unter-
13 nehmen an Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich gesteigert: Aus Sicht des Arbeit-
14 nehmers wird ein für ihn nicht existenzsichernder Lohn durch das Bürgergeld ergänzt
15 und somit attraktiv. Arbeitgeber werden – die notwendige Lohnöffnung der Tarife
16 vorausgesetzt - vermehrt Arbeit für nicht oder gering qualifizierte Bürgergeldempfän-
17 ger anbieten, deren Arbeitskraft eine nicht existenzsichernde Wertschöpfung hat.

18
19 Die Gefahr bloßer arbeitgeberseitiger Mitnahmeeffekte wird systemimmanent aufge-
20 fangen, da anders als bei Lohnkostenzuschüssen der arbeitende Empfänger des
21 Bürgergeldes durch die Hinzuverdienstsystematik stets ein Interesse hat, einen hö-
22 heren Lohn zu erreichen. Bei steigendem Lohn erhöht sich sein verfügbares Ein-
23 kommen, und es sinkt das auszahlende Bürgergeld. Das Bürgergeld ist damit kein
24 Modell einer auf Dauer angelegten Subvention, sondern ein marktorientiertes An-
25 reizmodell für mehr Arbeit und Wohlstand.

26 27 **Das Bürgergeld ist bürgernah**

28
29 Die Betreuung der Bürgergeldempfänger erfolgt dort, wo der notwendige persönliche
30 Kontakt gewährleistet werden kann: auf kommunaler Ebene.

31
32 Dies gilt sowohl für die Betreuung der nichterwerbsfähigen Bürgergeldempfänger als
33 auch zusätzlich für die Vermittlung arbeitsfähiger Bürgergeldempfänger. Ziel ist es,
34 arbeitsfähigen Bürgergeldempfängern den Weg hin zu einer lohnenden Arbeit auf
35 dem ersten Arbeitsmarkt zu ebnen und dazu auch eine eventuell notwendige psy-
36 chosoziale Betreuung sowie Wohnungs- und Kinderbetreuungsfragen mit einzube-
37 ziehen. Insbesondere für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte ist es wichtig,
38 daß die vermittelnde Stelle die größtmögliche Nähe zu den Arbeitslosen und den
39 örtlichen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes hat. Die kommunale Ebene kann dar-
40 über hinaus zur Unterstützung ihrer überregionalen und internationalen Arbeits- und
41 Ausbildungsvermittlung auf eine von einer Arbeitsmarktagentur bereit zu stellenden
42 Internetdatenbank zurückgreifen. Dies gewährleistet eine optimale fallbezogene
43 Vermittlungstätigkeit.

Zeile

1 Das Bürgergeld muß mit der Einkommensteuer verknüpft werden

2

3 Gegenwärtig bewegt der Fiskus einen gewaltigen Umverteilungsapparat mit gerin-
4 gem Wirkungsgrad. Nur knapp 3 Prozent aller Erwerbstätigenhaushalte profitieren
5 unter dem Strich von den Transferleistungen, alle anderen zahlen mehr, als sie er-
6 halten. Also finanzieren 97 Prozent der Erwerbstätigenhaushalte ihre eigenen Trans-
7 ferleistungen.

8

9 Wo immer möglich soll die einkommensabhängige Umverteilung in den Sozialsyste-
10 men in das Steuersystem überführt werden. Zudem sollen die Pauschalen und die
11 Bemessungsgrundlagen im Zuge der schrittweisen Einführung des verbundenen
12 Steuer-Transfersystems harmonisiert und die unterschiedlichen Einkommensbegriffe
13 zusammengeführt werden. Die Veranlagung zum Bürgergeld erfolgt, sofern es sich
14 nicht um eine allein lebende Person handelt, jeweils für die Bedarfsgemeinschaft.

15

16 Durch die Verrechnung der steuerfinanzierten Sozialleistungen mit der Steuer wird
17 die Umverteilung auf ein Minimum reduziert und zugleich die notwendige Einfachheit,
18 Transparenz, Treffsicherheit, Gerechtigkeit, Rechtssicherheit und der notwendige
19 Bürokratieabbau im Sozialsystem erreicht. Mehrfache Antragstellung und Doppelar-
20 beit in der Verwaltung werden vermieden, dem Leistungsmißbrauch wird wirksam
21 begegnet und zudem wird sichergestellt, daß ein Bürgergeldempfänger das Bürger-
22 geld auch in der ihm zustehenden Höhe erhält.

23

24 Um die Verknüpfung von Lohnsteuer und Bürgergeld zu ermöglichen, erfolgt bei
25 denjenigen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die Auszahlung des Bürgergeldes
26 durch den Arbeitgeber. Dazu wird auf Antrag eines Berechtigten die Höhe des Bür-
27 gergeldanspruchs seiner Bedarfsgemeinschaft und die Höhe der Kindergeldes als
28 Teilbetrag des Bürgergeldanspruchs auf der Lohnsteuerkarte eingetragen bzw. bei
29 einem EDV-gestützten Verfahren zusammen mit den anderen Lohnsteuerdaten dem
30 Arbeitgeber mitgeteilt. Der Arbeitgeber kann so aus den ihm vorliegenden Daten
31 einfach berechnen, ob und in welcher Höhe Bürgergeld auszus zahlen ist. Über seine
32 Lohnabrechnung erhält der Arbeitnehmer seinen Nettolohn und das auszus zahlende
33 Bürgergeld. Auf diese Weise werden Steuern und Bürgergeld miteinander verrech-
34 net. Soweit das auszus zahlende Bürgergeld höher ist als die zu entrichtende
35 Lohnsteuer, ergibt sich so praktisch eine negative Einkommensteuer.

36

37 Bei Bürgergeldempfängern, die nicht erwerbstätig sind, erfolgt die Auszahlung des
38 Bürgergeldes entweder direkt über das Finanzamt oder über die zuständige kommu-
39 nale Einrichtung.

40

41 Das Bürgergeld ist ein wichtiger Beitrag zum Bürokratieabbau

42

43 Derzeit existieren viele Anlaufstellen für eine Vielzahl von Sozialleistungen. Die Un-
44 terstützungsbedürftigkeit wird nicht einheitlich von einer Stelle geprüft, sondern mehr-

Zeile

1 fach. Allein für die Abwicklung des Kindergeldes sind 16.180 Familienkassen zustän-
2 dig. Hinzu kommen Sozialämter, Wohngeldstellen, die Job-Center der Arbeitsagentur
3 oder auch die Ämter für Ausbildungsförderung. Der Informationsaustausch und die
4 erforderliche Abstimmung zwischen den Behörden finden nur mit kostspieligen In-
5 formationsverlusten statt und sind fehleranfällig. Sowohl die Politik als auch die Ver-
6 waltungen haben den Überblick verloren. Es entstehen hohe Kosten, Steuergelder
7 werden verschwendet.

8

9 Das Bürgergeld hingegen setzt neue Maßstäbe bei Transparenz und beim Bürokratie-
10 abbau: Die Bedürftigkeit wird nur noch einmalig erhoben, steuerfinanzierte Sozial-
11 leistungen werden im Finanzamt gebündelt und verrechnet. Die damit einhergehende
12 Effizienzsteigerung führt zur Kostenreduktion auf der einen und zu Transparenz auf
13 der anderen Seite. Bürger, die Anspruch auf Transferleistungen des Staates haben,
14 haben nur noch einen Ansprechpartner.

15

16 Wie bereits bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe führt auch die
17 Einführung des Bürgergeldes zu einer Veränderung der Finanzströme zwischen
18 Bund, Ländern und Kommunen. Statt das bestehende System weiter zu verkompli-
19 zieren, sollte im Gleichklang mit der schrittweisen Umsetzung des Liberalen Bürger-
20 geldes die dringend notwendige grundlegende Reform der Finanzverfassung mit
21 dem Ziel angegangen werden, diese auf eine tragfähige, systematische Grundlage
22 zu stellen.

23

24 **Das Bürgergeld ist ein wichtiger Beitrag zum Datenschutz**

25

26 Bei der Einführung des Bürgergeldes kommt dem Recht auf informationelle Selbstbe-
27 stimmung eine herausragende Bedeutung zu: Bisher werden einkommens- und vermö-
28 gensbezogene Daten von einer Vielzahl unterschiedlicher Stellen erhoben, um
29 den Anspruch für die verschiedenen Sozialleistungen zu ermitteln. Im Zeitalter der
30 Informationstechnologie ist die Neigung des Staates groß, ein paralleles, umfassen-
31 des Kontrollsystem aufzubauen, welches die personenbezogenen Daten ohne Wis-
32 sen des Bürgers zusammenführt und abgleicht, um damit vermeintlich Mißbrauch
33 einzudämmen.

34 Diese Tendenzen stoßen auf den entschiedenen Widerstand der FDP. So muß als
35 erster Schritt die faktische Abschaffung des Bankgeheimnisses in vollem Umfang
36 rückgängig gemacht werden. Durch die Einführung einer Zinsabgeltungssteuer wer-
37 den automatisierte Kontenabfragen der Finanzbehörden und Kontrollmitteilungen
38 überflüssig. Dem Bürger muß zudem ein genereller Auskunftsanspruch gegenüber
39 den zuständigen Behörden eingeräumt werden.

40

41 Beim Bürgergeld sind dem Bürger aufgrund des standardisierten Erhebungsverfah-
42 rens seine behördlich vorliegenden Daten bekannt. Diese Transparenz führt zum
43 einen zu mehr Rechtssicherheit und zum anderen zu einer deutlich erhöhten persön-
44 lichen Kontrollmöglichkeit über die Verwendung der personenbezogenen Daten.

Zeile

1 Die Menge der personenbezogenen Daten wird insgesamt durch die angestrebten
2 Pauschalierungen und den Wegfall von Ausnahmeregelungen im Steuer- und Sozi-
3 alsystem erheblich sinken. Gleiches wird durch die Einführung der Quellenbesteue-
4 rung bei Kapitaleinkünften erreicht. Die FDP zielt mit ihren Reformvorschlägen ins-
5 gesamt darauf ab, die Menge der personenbezogenen Daten zu verringern.

6
7 Diejenigen, die Bürgergeld in Anspruch nehmen, müssen im Rahmen einer Bedürf-
8 tigkeitsprüfung, ähnlich wie derzeit beim Arbeitslosengeld II, ihre Einkommens- und
9 Vermögensverhältnisse offen legen. Mit der Finanzamtslösung entfällt allerdings die
10 bisherige Abstimmung der Daten zwischen der Bundesagentur für Arbeit und dem
11 Finanzamt. Die arbeitsvermittelnde Stelle erhält dann lediglich noch Zugriff auf die für
12 die Vermittlung erforderlichen Daten. Die Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen, die
13 eine sehr individuelle Bemessung der Leistung erfordert, wird nicht in das Bürgergeld
14 integriert. Die Prüfung der Bedürftigkeit in besonderen Lebenslagen obliegt damit
15 auch in Zukunft der Kommune, ohne daß das Finanzamt oder eine andere Behörde
16 auf diese speziellen persönlichen Daten Zugriff hat.

17
18 Um mißbräuchlichen Zugriff auf personenbezogene Daten zu vermeiden, bedürfen
19 diese eines besonderen Schutzes. Das gegenwärtige System macht es erforderlich,
20 Datensätze von ein und derselben Person in einer Vielzahl von Behörden zu schüt-
21 zen. Im Finanzamt einmalig erhoben, unterliegen sie einem wesentlich höheren Si-
22 cherheitsstandard.

23
24 Darüber hinaus bedarf es des besonderen rechtlichen Schutzes der Daten gegen-
25 über Dritten. So wird das Bürgergeld innerhalb des Finanzamtes nach strengen da-
26 tenschutzrechtlichen Vorgaben administriert: Durch eine strikte Zweckbindungsrege-
27 lung muß sichergestellt werden, daß personenbezogene Daten ausschließlich für die
28 Ermittlung der Höhe des Bürgergelds verwendet werden dürfen. Zudem ist es erfor-
29 derlich, die Daten durch ein strenges Zugangsberechtigungssystem zu schützen.
30 Verstöße sind wenigstens mit empfindlichen Geldstrafen zu ahnden.

31
32 **Das Liberale Bürgergeld ist unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden**
33 **Neustarts für mehr Wachstum und Beschäftigung**

34
35 Die Einführung des Bürgergeldes ist ein wichtiger Teil der notwendigen umfassenden
36 Reformen. Es führt nur dann zu dem gewünschten Abbau von Arbeitslosigkeit, wenn
37 es durch weitere Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung ergänzt wird:
38

- 39 - Flexibilisierung des Tarifrechts und Öffnung der Tarife nach unten, damit Ar-
40 beit mit geringer Wertschöpfung wieder nachgefragt wird.
- 41 - Erweiterung des Günstigkeitsprinzips und Abschaffung der Allgemeinverbind-
42 lichkeit von Flächentarifverträgen.
- 43 - Betriebliche Bündnisse dürfen nicht die Ausnahme bleiben, sondern müssen
44 zur Regel werden.

Zeile

- 1 - Reform des Kündigungsschutzes, damit dieser nicht mehr zu einem Einstel-
- 2 lungshindernis wird und Arbeitsgerichtsprozesse vermindert werden.
- 3 - Anhebung der Grenze der 400-Euro-Jobs auf 600 Euro als flexibles Arbeits-
- 4 marktinstrument und Chance gerade für Langzeitarbeitslose oder Erziehende
- 5 zum Wiedereinstieg auf den ersten Arbeitsmarkt.
- 6 - Schnellstmögliche Umsetzung einer effizienten, kommunalen und bürgerna-
- 7 hen Arbeitsvermittlung und Betreuung.
- 8 - Senkung der Lohnnebenkosten durch Abkopplung des Beitrags zur Pflege-
- 9 und Krankenversicherung vom Lohn und nachhaltige Strukturreformen in allen
- 10 sozialen Sicherungssystemen.
- 11 - Umsetzung des Liberalen Gesundheitsmodells: Privater Krankenversiche-
- 12 rungsschutz mit sozialer Absicherung für alle, zielgenau, unbürokratisch und
- 13 familiengerecht.
- 14 - Einführung eines einfachen, niedrigen und gerechten Einkommensteuersy-
- 15 stems verbunden mit einer deutlichen Tarifsenkung und einem zeitgleichen
- 16 konsequenten Subventionsabbau und zudem eine Unternehmenssteuerre-
- 17 form, die die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gewährleistet.

18

19 Das liberale Bürgergeld ist von zentraler Bedeutung, um Deutschland endlich wieder
20 auf einen höheren Wachstumspfad zu führen – für mehr Wohlstand für alle.

21

22

23 **Begründung:**

24

25 erfolgt mündlich

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41